Deutscher Bundestag **Drucksache 19/14068**

19. Wahlperiode 16.10.2019

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Antrag

der Abgeordneten Ulrich Oehme, Dietmar Friedhoff, Markus Frohnmaier, Stephan Brandner, Matthias Büttner, Markus Frohnmaier, Dr. Götz Frömming, Albrecht Glaser, Franziska Gminder, Mariana Harder-Kühnel, Dr. Heiko Heßenkemper, Martin Hohmann, Jens Kestner, Jörn König, Frank Magnitz, Jens Maier, Dr. Lothar Maier, Christoph Neumann, Gerold Otten, Frank Pasemann, Tobias Matthias Peterka, Jürgen Pohl, Uwe Schulz, Thomas Seitz, Detlev Spangenberg, Dr. Dirk Spaniel, Dr. Harald Weyel, Uwe Witt und der Fraktion der AfD

Deutschsprachige Publikationen von ministeriell mandatierten, politisch handlungsempfehlenden Institutionen der Entwicklungspolitik

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das Deutsche Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval) ist mandatiert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, erfährt einen Zuwendungsbetrag (SOLL) von 9.444.000 EURO im Jahr 2019 (BT-Drucksache 19/10481; S. 829ff) und ist eine Institutionen, deren Erkenntnisse „im parlamentarischen Raum für die politische Meinungsbildung genutzt“ werden (BT-Drucksache 19/10481; S. 829ff).

„Zentrale Aufgabe des Deutschen Evaluierungsinstituts der Entwicklungszusammenarbeit (DEval) ist die unabhängige und wissenschaftlich fundierte Evaluierung von Maßnahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit“ (http://www.deval.org/de/ueber-uns.html). Laut der Bundesregierung ist der „Zweck der Gesellschaft […] die Förderung der Entwicklungszusammenarbeit durch unabhängige Analysen und Bewertungen der Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit von Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit sowie die Erarbeitung von Empfehlungen für deren Verbesserung. Ferner fördert die Gesellschaft die Leistungsfähigkeit von Menschen und Organisationen in Kooperationsländern, eigene Analysen und Bewertungen von Maßnahmen durchzuführen“ (BT-Drucksache 19/10481; S. 829ff). Damit ist „die Einrichtung und institutionelle Förderung einer Institution für unabhängige Evaluierung […] zentral, um die Wirkungen und die Effizienz der entwicklungspolitischen Maßnahmen systematisch und unabhängig zu bewerten und um aus Evaluierungen für die Gestaltung der EZ zu lernen“ (BT-Drucksache 19/10481; S. 829ff).

Mit seiner Arbeit unterstützt DEval „den deutschen Bundestag darin, seine Kontrollfunktion gegenüber der Exekutive wahrzunehmen und politische Initiativen für die Ausgestaltung der internationalen Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit Evidenz zu unterlegen“ (http://www.deval.org/de/ueber-uns.html). So ist es

nach eigener Darstellung die „Mission“ von DEval „Wissen über komplexe und strategisch relevante Sachverhalte in der Entwicklungszusammenarbeit passgenau politischen und operativen Entscheiderinnen und Entscheidern als sachliche Urteils- und Entscheidungsgrundlage zur Verfügung“ zu stellen (http://www.deval.org/files/content/Dateien/Institut/Leitbild/2016_DEval_Leitbild.pdf). Damit können „die Empfehlungen des DEval […] auf die politische Meinungsbildung, die Gestaltung der Entwicklungszusammenarbeit und daraus resultierende Handlungen einwirken“ (BT-Drucksache 19/10481, S. 829ff).

Gleichwohl DEval mit seinem Sachverstand die deutsche Politik berät, wurde die DEval-Evaluierungsstudie „Zur Zukunft integrierter politikbasierter Ansätze der Entwicklungszusammenarbeit: Lehren aus dem Ausstieg aus der allgemeinen Budgethilfe in Malawi, Ruanda, Uganda und Sambia”, abgesehen von einer darin enthaltenen Kurzzusammenfassung, ausschließlich in englischer Sprache verfasst. Diese Studie ist mit 190 von insgesamt 194 Seiten wiederum hauptsächlicher Bestandteil der Ausschussdrucksache 19(19)93 des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des Deutschen Bundestags und damit direkt an Mitglieder des Deutschen Bundestages adressiert.

Ein weiteres Institut in diesem Zusammenhang ist beispielsweise das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE), welches im Jahr 2019 Zuwendungen in Höhe von 5.474.000 EURO (SOLL) erfährt und dessen „Empfehlungen […] auf die politische Meinungsbildung und daraus resultierende Handlungen einwirken [können]. Die aus den Forschungsarbeiten gewonnenen Erkenntnisse und hieraus abgeleitete Empfehlungen werden der Bundesregierung und der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt und in der Folge vielfach auch im parlamentarischen Raum behandelt und für die politische Meinungsbildung genutzt“ (BT-Drucksache 19/10481; S. 835ff). Zugleich veröffentlicht auch das DIE zahlreiche Publikationen lediglich in englischer Sprache (https://www.die-gdi.de/publikationen/studies/).

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. darauf hinzuwirken, dass sämtliche Publikationen des DEval und des DIE in der deutschen Sprache zu veröffentlichen sind;
2. dass, im Falle einer geplanten mindestens zweisprachigen Veröffentlichung einer Publikation, jeweilige Versionen entweder zeitgleich oder zunächst auf Deutsch zu veröffentlichen sind;
3. darauf hinzuwirken, dass diese Regelung analog zu allen weiteren Institutionen der Entwicklungspolitik, die ministeriell mandatiert und politisch handlungsempfehlend sind, gilt;
4. dass diese Regelung frühestens mit der Antragsannahme, jedoch spätestens mit der Erstellung von neuen Publikationen beginnt.

Berlin, den 4. September 2019

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Begründung

Zur Veranschaulichung wird im Folgenden auf das Beispiel DEval zurückgegriffen: Die DEval-Evaluierungsstudie „Zur Zukunft integrierter politikbasierter Ansätze der Entwicklungszusammenarbeit: Lehren aus dem Ausstieg aus der allgemeinen Budgethilfe in Malawi, Ruanda, Uganda und Sambia", widerspricht aufgrund ihrer Abfassung in einer anderen als der deutschen Sprache in Verbindung mit einer aktuellen Zuwendung von nahezu 10 Millionen EURO deutschen Steuergeldes, mindestens den demokratischen Ansprüchen der Transparenz und der Rationalität.

Die Ebene des Instituts

DEval begreift folgende als ihre „Leitprinzipien" (http://www.deval.org/files/content/Dateien/Institut/Leitbild/2016_DEval_Leitbild.pdf):

1) „Unabhängigkeit in unseren Analysen und Bewertungen, um hierdurch eine neutrale und sachliche Urteils- und Entscheidungsgrundlage für unserer Adressaten zu gewährleisten": Die Adressaten des Instituts ergeben sich aus dem Mandat des Deutschen Bundestages und den Zuwendungen durch den deutschen Steuerzahler. Dessen Sprache ist deutsch.

2) „Bedarfsorientierung bei der Entwicklung unseres Arbeitsprogramms und der Durchführung von Evaluierungen, um die Relevanz und Nützlichkeit für die Entwicklungspolitik zu sichern und das Lernen aus Evaluierungen zu stärken": Die Bedarfsorientierung zur Sicherung der Nützlichkeit und Relevanz der Entwicklungspolitik kann sich nur auf die deutsche Entwicklungszusammenarbeit beziehen. Nur der Souverän entscheidet letztlich über Nützlichkeit und Relevanz von Politiken. Eine Entscheidung kann nur über ein gemeinsames Verständigungsmittel erzielt werden. Dieses ist die deutsche Sprache.

3) „Qualitätsanspruch in unserem Schaffen, das sich an national und international geltenden Standards der Evaluierung und des wissenschaftlichen Arbeitens orientiert": Jeglicher Qualitätsanspruch eines Schaffens bleibt ohne Belang, solange das Ergebnis dieses Schaffens keinen Adressaten kennt. Dieser Adressat ist der deutsche Steuerzahler. Dessen Sprache ist deutsch.

4) „Partnerschaftlichkeit in unserer Zusammenarbeit mit Akteurinnen und Akteuren aus Entwicklungs- und Schwellenländern, um wechselseitig hiervon zu profitieren": Partnerschaftlichkeit setzt einen eigenen Standpunkt voraus. Unabhängig von einem Eingehen auf den jeweiligen Partner vertritt DEval deutsche Interessen. Das Subjekt dieser Interessen ist der deutsche Steuerzahler. Dessen Sprache ist deutsch.

5) „Partizipation der Beteiligten an unserer Evaluierungsarbeit, um die Qualität und das Lernen aus unserer Arbeit zu erhöhen, ohne damit die Unabhängigkeit unserer Vorgehensweise und Befunde einzuschränken": Eine Beteiligung an der Evaluierungsarbeit der deutschen Entwicklungspolitik, muss sich in der Hauptsache an Vertreter deutscher Interessen richten. In der Summe sprechen diese deutsch.

6) „Effizienz im Umgang mit den öffentlichen Mitteln, die dem Institut für seine Evaluierungsarbeit zur Verfügung gestellt werden": Effizienz im Umgang mit öffentlichen Mitteln ist zunächst auf Grundlage der Zweckgebundenheit dieser öffentlichen Mittel zu erzielen, welche deutschen Interessen zu dienen hat. In der Summe sprechen die Vertreter deutscher Interessen deutsch. In einem Weiteren ist die gemeinsame Verständigung im Kontext deutscher Interessen am effizientesten auf Deutsch.

7) „Transparenz über unser Vorgehen und unsere Befunde. Diese Transparenz kann nur aus Gründen staatspolitischer Verantwortung oder aus Gründen des Wohlergehens von Partnern und Mitarbeitenden begrenzt werden": Staatspolitisch begründete Transparenz ist vor allem dann gegeben, wenn unter Berücksichtigung deutscher Interessen auf ein gemeinsames Verständigungsmittel zurückgegriffen wird. Dieses ist die deutsche Sprache.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Die Ebene des parlamentarischen Betriebs

Die Veröffentlichung von Publikationen in einer anderen als der deutschen Sprache durch das Deutsche Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit wirkt sich aufgrund dessen Einflusses „auf die politische Meinungsbildung, die Gestaltung der Entwicklungszusammenarbeit und daraus resultierende Handlungen“ bis in den parlamentarischen Betrieb des Deutschen Bundestages aus (BT-Drucksache 19/10481; S. 829ff).

Mit der Unterstützung der Mitglieder des Bundestages und ihrer Mitarbeiter leistet DEval prinzipiell seinen Beitrag zu einer effizienten und funktionierenden Demokratie und wirkt somit demokratisch legitimierend. Von entscheidender Voraussetzung ist dabei jedoch, dass Parlamentarier und Mitarbeiter in die Lage versetzt werden diese Hilfe überhaupt in Anspruch nehmen zu können. Dazu gehört zwingend die Verwendung einer gemeinsamen Sprache.

Spiegelbildlich zur deutschen Gesellschaft im Allgemeinen sind auch im Parlament und darüber hinaus im parlamentarischen Betrieb vielfach Menschen mit Migrationshintergrund oder zumindest verschiedenen Bildungstraditionen mandatiert oder beschäftigt.

Im Vergleich zum englischen Sprachraum, dienten und dienen in anderen Weltregionen andere Sprachen zur kulturübergreifenden Verständigung. Erinnert sei hier an die Tradition des Französischen in Afrika oder des Russischen im eurasischen Bereich. Gerade das Russische erstreckte sich in der jüngeren Geschichte noch bis nach Deutschland. Bürger der Deutschen Demokratischen Republik lernten überwiegend entsprechend russisch und nicht englisch. Publikationen, die ausschließlich in englischer Sprache verfasst sind, diskriminieren damit nicht nur entsprechende Menschen mit Migrationshintergrund, sondern auch zahlreiche Deutsche, die in der DDR bildungsbiographisch groß geworden sind.

Um diesen Missstand zu beseitigen und damit alle gleichermaßen, auf eine transparente und rationale Weise, am demokratischen Informationsaustausch und Willensbildungsprozess teilhaben zu lassen, soll künftig jede Publikation einer ministeriell mandatierten und politisch handlungsempfehlenden Institution, mindestens in deutscher Sprache erscheinen. Eine Vernetzung mit der internationalen Wissenschaft bleibt davon ausdrücklich unberührt, da auch weiterhin beispielsweise in englischer Sprache veröffentlicht werden darf und soll.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.